

«Der Staat drückt die Augen nicht zu»

Wilfried Marxer bezweifelt, dass es einen rechten Ruck in Liechtenstein gegeben hat

SCHAAN – Die Oktoberfest-Schlägerei, ein fremdenfeindliches Flugblatt und Brandanschläge von mutmasslich rechtsradikalen Tätern: Liechtensteins Rechte haben auf sich aufmerksam gemacht. Dazu der Politologe Wilfried Marxer.

• Daniel Banzer

«Volksblatt»: Wie ist der Liechtensteiner? Konservativ, aber nicht extrem. Oder ist er so, wie es die letzte Zeit vermutet lassen könnte: Tendenziell rechtsradikal?

Wilfried Marxer: Liechtenstein kommt, historisch gesehen, eher aus einem ländlichen, konservativen Kontext, hat aber in den letzten 20, 30 Jahren einen starken Modernisierungsschub erlebt. Heutzutage sind die Liechtensteiner – wir sprechen hier ja vom Durchschnitt – eher weltoffen, modern und aufgeschlossen. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass der Modernisierungsschub, den Liechtenstein erlebt hat, auch den Ausländern zu verdanken ist. Was nicht heisst, dass es keine Extreme gibt.

Der Status quo deckt sich also mit dem Bild, das Sie schon im Januar 2007 in ihrer Studie geschrieben haben. Wie kommt es denn, dass in der letzten Zeit viel mehr über rechte Aktivitäten bekannt wurde?

Es ist nichts Neues, dass es eine rechtsradikale Szene in Liechtenstein gibt. Das gab es jedenfalls die letzten 20, 25 Jahre immer. Nur manchmal bekommt man davon wenig mit. Die Rechten sind meist diskret, wollen nicht wirklich auffallen. Und dann gibt es auf einmal eine Serie von

Vorfällen, wo es auffälliger wird. Vielleicht eine zufällige Häufung.

Soll heissen: Liechtenstein ist nicht rechtsradikaler geworden?

Man weiss es natürlich nicht genau, ob es Zufall ist, dass in letzter Zeit ein paar Vorfälle parallel geschehen sind, oder ob die rechte Szene das Ziel verfolgt, stärker in der Öffentlichkeit zu stehen. Es ist ganz schwierig, Einblicke in diese Szene zu gewinnen. Das zeigt ja auch die Studie über Rechtsextremismus aus dem Jahr 2009. Was ich jedenfalls bisher nicht feststelle, ist, dass irgendwo öffentlichkeitswirksam ein politisch relevanter Anspruch formuliert worden wäre. Die jüngsten Vorfällen sind ja meist strafrechtlich relevante Gewaltvorfälle.

Wenn es in Liechtenstein eine sehr rechte Partei gäbe, würde diese gewählt werden?

Damit man in den Landtag kommt, muss man landesweit 8 Prozent der Stimmen erhalten. Das ist für eine neue, kleine Partei eine hohe Hürde. Die Freie Liste hat auch drei Anläufe gebraucht. Und für eine deutlich rechts orientierte Partei wäre die Luft ganz, ganz dünn. Es gibt natürlich auch in Liechtenstein Leute, die eine solche Partei wählen würden. Aber insgesamt tendieren die Liechtensteiner eher zur Mitte und zur Mässigung. Hinzu kommt, dass gegen 80 Prozent der Wähler konservative Stammwähler sind. Sie bleiben bei den Roten, Schwarzen oder Weissen, sodass

das Potenzial für neue Parteien beschränkt ist.

Die von Ihnen zitierte Studie besagt ja auch, dass die Rechtsradikalen sehr gut in die Gesellschaft integriert sind. Ist eine Gesellschaft wirklich mittig, wenn sie Rechtsradikalismus augenscheinlich akzeptiert?

Das kann man nicht mit Bestimmtheit sagen. Ich weiss einfach aus den regelmässigen Wahlumfragen, dass sowohl die Leute als auch die Parteien sich in einem riesigen Masse in der politischen Mitte platziert sehen. Auf einer Skala, bei der 1 ganz links und 10 ganz rechts ist, geben sich die meisten eine 5.

Angenommen, eine der grossen Parteien möchte sich nach rechts bewegen – wäre sie erfolgreich?

Schwer zu sagen. Falls sich eine der Parteien zu sehr nach links oder nach rechts bewegt, verliert sie auf der anderen Seite des Spektrums. Das heisst: Freuen würde sich die Partei, die in der Mitte bleibt, die dann für Beständiges, Vernünftiges, Mässiges stünde. Mit der Folge: Die Partei, die nach rechts geht, verliert in der Mitte und links.

Wie werten Sie das jüngste Erkenntnis der Regierung gegen Rechts?

Ich glaube – und das hat auch die aktuellste Studie zum Thema Rechtsradikalismus gezeigt –, dass bei den Behörden und in der Politik eine grosse Sensibilität dafür da ist. Es ist nicht so, dass die Augen zuge drückt werden. Das hat ja auch die Staatsanwaltschaft gezeigt, so schnell, wie sie beim Prozess um die Schlägerei beim Oktoberfest vorgegangen ist. Und ich bin mir sicher, dass auch die Landespolizei beim

Molotow-Cocktail-Wurf den Fall am liebsten schon geklärt hätte.

Aber: Beim eindeutig rechten Flugblatt wurde geschwiegen – und auf den Molotow-Cocktail-Wurf in Nendeln, bei dem nicht klar ist, ob Rechtsradikale dahinterstecken, sofort reagiert.

Beim Flugblatt stellt sich die Frage, inwieweit das mediale Echo nicht genau diesen Leuten hilft. Damit will ich nicht sagen, dass die Medien aufhören sollen zu berichten. Aber wenn jemand ein Flugblatt verschickt, und am nächsten Tag gibt es eine Staatskrisensitzung – dann ist es für diese Kreise doch super gelaufen. Daher finde ich es nicht notwendig, dass sich der Fürst, die Regierung oder der Landtag bei jedem Anlassfall öffentlich äussern.

Zudem war bei dem Flugblatt nur strafrechtlich relevant, dass es keine presserechtliche Verantwortlichkeit darauf gab. Es ist ja noch keine Hasschrift, wenn jemand politisch fordert, dass der Ausländeranteil reduziert werden soll. Das darf eine Partei oder Gruppierung in einer Demokratie behaupten. Das ist statthaft.

Ich würde eine Partei am rechten Rand zwar nicht wählen, man muss aber ideologische Strömungen, mit denen man nicht einverstanden ist, auch nicht gleich verbieten wollen.

** Wilfried Marxer ist Politikwissenschaftler und Forschungsleiter für Politikwissenschaft beim Liechtenstein-Institut. Forschungstätigkeit zu: Parteien, Wahlen, Medien, Demokratie und weiteren gesellschaftspolitischen Fragen.*

